

Richtiges Verhalten in der Compliance-Krise

Engelhoven

2023

ISBN 978-3-406-79457-5

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Engelhoven

Richtiges Verhalten in der Compliance-Krise


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Richtiges Verhalten in der Compliance-Krise

Herausgegeben von

RA Dr. Philipp Engelhoven

Bearbeitet von

RA Jan Christian Eggers, LL.M. (Exeter); RA Dr. Philipp Engelhoven;
RA Dr. Oliver Pragal; RA Dr. Oliver Stegmann; StBin Melanie Weist †

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG
2023



Zitiervorschlag: Engelhoven Compliance-Krise/Bearbeiter § ... Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 79457 5

© 2023 Verlag C.H. Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH

Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: 3w+p GmbH, Rimpfing

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

„Krise kann ein produktiver Zustand sein. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.“ Max Frisch

Treffender lassen sich die Herausforderungen von Compliance-Krisen nicht beschreiben: Man muss nur richtig mit ihnen umgehen. Compliance ist schon seit vielen Jahren als Ziel und Mittel geschäftlichen Handelns anerkannt. Sie ist Ziel, um die mit Zuwiderhandlungen verbundenen Nachteile zu vermeiden, die längst nicht mehr nur aus Kosten für Schadensersatzzahlungen und Bußgelder bestehen, sondern auch aus erheblichen Reputationsschäden und persönlichen Strafbarkeitsrisiken. Und sie ist Mittel im Sinne einer unternehmensinternen Organisation, die auf den Schutz des Unternehmens und der handelnden Einzelnen, die Aufdeckung von Zuwiderhandlungen und erforderlichenfalls eine frühzeitige Verhaltenskorrektur gerichtet ist. Trotz aller vorsorgenden Maßnahmen sind Compliance-Krisen unvermeidbar, etwa wenn es in einem Unternehmen zu einem Rechtsverstoß gekommen ist.

Obwohl der Themenkreis bekannt und etabliert ist und es eine fast unübersehbare Fülle an Veröffentlichungen dazu gibt, heißt das allerdings nicht, dass ein befürchteter oder festgestellter Rechtsverstoß von den zu ihrer Bewältigung berufenen Personen jeweils auf Anhieb und in jeder Hinsicht problemlos zu beheben ist. Nach unseren Erfahrungen tun sich viele betroffene Unternehmen mit der Bewältigung einer Compliance-Krise schwer. Das ist nur verständlich, denn es handelt sich um eine seltene Ausnahmesituation mit potenziell schweren Folgen, in der rechtliche und ethische mit sozialen Normen (tatsächlich oder gefühlt) kollidieren können. Zudem sind oft Ermittlungsbehörden und Medien an der Aufklärung beteiligt und verfolgen möglicherweise ihre eigene Agenda. Die Compliance-Krise ist deshalb in keiner Hinsicht alltäglich. Ihre Komplexität erfordert einen Rundumblick und viel Erfahrung.

Dieses Handbuch richtet sich in erster Linie an den von einer Compliance-Krise praktisch betroffenen Personenkreis. Es soll als Überblick zur breiten (und an einigen Stellen auch etwas tiefergehenden) Orientierung und als Handreichung vor oder inmitten einer Compliance-Krise dienen. Darüber hinaus bietet es zahlreiche Formulierungsbeispiele und Muster für alle möglichen Fragestellungen und Einsatzzwecke an.

Hamburg, im Januar 2023

Die Verfasser

In memoriam Melanie Weist

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Verzeichnis der (abgekürzt) zitierten Literatur	XXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXV

§ 1. Compliance-Krise durch Aufdeckung eines Rechts- oder Regelverstößes

A. Durchsuchung durch Strafverfolgungsbehörden	1
I. Durchsuchungsbeschluss: Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen und Eingriffsbefugnisse	2
1. Anfangsverdacht	2
2. Anforderungen an die „Auffindevermutung“	3
3. Verhältnismäßigkeit	3
4. Vorherige Anhörung des Betroffenen	4
5. Anordnungscompetenz	4
6. Schriftliche und mündliche Beschlussfassung	4
7. Räumliche Geltung	4
8. Zeitliche Geltung	5
9. Sonderfall „Kombinationsbeschluss“	5
II. Beschlagnahme und Sichtsungsverfahren	5
III. Beschlagnahmeschutz bei Rechtsanwältinnen	6
IV. Rechte und Pflichten der Betroffenen während der Durchsuchung	8
1. Vorbereitung, Schulung und Training des richtigen Verhaltens bei Durchsuchungen	8
2. Verhalten bei Vorauskenntnis	9
3. Grundsatz: Keine Verhinderung der Durchsuchung möglich	9
4. Verbot der „unzulässigen Bloßstellung“	10
5. Durchsuchung in Abwesenheit	10
6. Durchsuchung in Anwesenheit	10
a) Empfang der Durchsuchungskräfte	10
b) Zeitgleiche Telekommunikationüberwachung	10
c) Unterstützung durch versierten Strafrechtler	11
d) Prüfung des Durchsuchungsbeschlusses	11
e) Durchsuchung der Rechts- und Compliance-Abteilung	12
f) Vollumfängliche Kooperation?	12
g) Informelle Gespräche und Zeugenvernehmungen während der Durchsuchung	13
h) Informelle Gespräche zB von Mitarbeitern mit dem Unternehmensanwalt	13
i) Freiwillige Herausgabe?	14
j) Anfertigung von Kopien zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs	14
k) Protokollierung und Abschluss der Maßnahme	15
7. Besonderheiten in Bezug auf die „IT-Durchsuchung“	15
a) Vorsorgemaßnahmen	15
b) Verschiedene Rechtsgrundlagen zur Erhebung von IT-Beweisen	16
c) Besonderheiten beim Sichtsungsverfahren	16
d) „Kleine Online-Durchsuchung“ gem. § 110 Abs. 3 StPO	17
e) Sicherstellung und Beschlagnahme von Daten bzw. Datenträgern	18

f) Herausgabeverlangen bei Diensteanbietern (§ 95 StPO)	18
g) Datenlieferungsvereinbarungen mit Ermittlungsbehörden	19
h) Delegation der behördlichen Sichtung und Auswertung auf private Unternehmen?	20
V. Information der Belegschaft nach der Durchsuchung	21
VI. Rechtsbehelfe und Verwertungsverbote	21
VII. Kommunikation und Kooperation mit den Ermittlungsbehörden während und im unmittelbaren Nachgang der Durchsuchung	22
VIII. Umgang mit Social Media, Presse und Öffentlichkeit	22
IX. Koordination mit Individualverteidigern und Zeugenbeiständen	24
X. Bestandsaufnahme und Debriefing	24
B. Durchsuchung durch Bundeskartellamt oder EU-Kommission	24
I. Vorbereitung, Schulung und Training	24
II. Empfang der Durchsuchungsbeamten	25
III. Durchsuchungsbeschluss und Nachprüfungsentscheidung	26
1. Allgemeine Regeln	26
2. Bundeskartellamt	26
3. EU-Kommission	28
IV. Verhinderung und Behinderung	29
V. Beschlagnahme und Kopien	29
VI. IT-Durchsuchung	31
VII. Befragung	32
1. Bundeskartellamt	32
2. EU-Kommission	35
VIII. Kooperation	36
IX. Versiegelung, Abschluss der Maßnahme	37
X. Interne Kommunikation	37
XI. Einbindung von Individualverteidigern	38
C. Hinweise im internen Hinweisgebersystem	39
I. Rechtsgrundlage für Hinweisgebersysteme im Unternehmen	40
II. Eingang und Entgegennahme eines Hinweises	41
1. Hinweise durch Arbeitnehmer	41
2. Hinweise durch externe Dritte	42
III. Bewertung des Hinweises	43
IV. Richtlinie für den Umgang mit eingehenden Hinweisen	44
V. Interne Kommunikation	45
VI. Umgang mit falschen Hinweisen	45
D. Entdeckung durch ein ohne konkreten Verdacht durchgeführtes Compliance-Audit	46
I. Vorbereitung des Audits	47
II. Auditierungsplan	48
III. Budget	48
IV. Verfahren	49
1. Vorherige Prüfung der relevanten Verträge, Korrespondenz und Dokumente	49
2. Mitarbeitergespräche	50
3. Bewertung der einzelnen Vorgänge	52
V. Dokumentation	52
VI. Berichtswege für die Ergebnisse	53
VII. Handlungspflichten bei Verdachtsfällen	53

E. Formulierungsbeispiele	54
I. Beispiel eines Durchsuchungsbeschlusses	54
II. Interne E-Mail an potenziell betroffene Mitarbeiter	55
III. Muster-Beschlagnahmeverzeichnis (Bundeskartellamt)	56
IV. Leitfaden für Durchsuchungen	57
V. Vollmacht	58
VI. Verfahrensanweisung für Compliance-Fälle	58
VII. Organisationsanweisung für die Unternehmensleitung bei Compliance-Krisenfällen	61
VIII. Aufsichtsratsbeschluss für Verfahrensanweisung für die Unternehmensleitung	64
IX. Definition des Audit-Umfangs im Beauftragungsschreiben	65
X. Auditierungsplan	66
XI. Ankündigung Compliance-Audit gegenüber den Mitarbeitern	66
XII. Fragebogen für die Mitarbeiterbefragung bei einem Compliance Audit	67
XIII. Bericht über Compliance-Audit	68

§ 2. Sofortmaßnahmen nach Entdeckung des Verstoßes

A. Erste Bewertung und Dokumentation der Verdachtslage	71
I. Handlungspflichten und Unternehmensinteresse	71
II. Erste Bewertung der Informationsquellen	72
III. Dokumentation des Verdachts	73
IV. Sicherung der Beweismittel	73
V. Kooperation mit Ermittlungsbehörden?	74
B. Bildung eines Krisenstabs	76
I. Auftraggeber der Untersuchung	76
II. Interne Mitglieder des Krisenstabes	77
III. Externe Mitglieder des Krisenstabes	77
C. Strukturierung der Mandatsbeziehungen im Konzern	78
D. (Vorläufige) Abstimmung der relevanten Verhaltensweisen	80
I. Kommunikation im Unternehmen	80
II. Kommunikation und Rechtshandlungen gegenüber Vertragspartnern	80
III. (Vorläufige) Freistellung von betroffenen Mitarbeitern	81
E. Entscheidung über Kronzeugenanträge	81
I. Kronzeugenregelung im Strafrecht	81
II. Sieht das Steuerrecht eine Kronzeugenregelung vor?	83
III. Kronzeugenregelung des Bundeskartellamts, Settlement	83
IV. Kronzeugenregelung der EU-Kommission, Settlement	87
F. Ad-hoc-Pflichten	91
I. Rechtsgrundlagen	91
II. Pflicht zur Ad-hoc-Mitteilung	92
III. Inhalt der Ad-hoc-Mitteilung	92
IV. Rechtsfolgen einer pflichtwidrig unterlassenen Ad-hoc-Mitteilung	93
G. Steuerliche Anzeige- und Berichtigungspflichten nach § 153 AO	94
I. Unrichtige oder unvollständige Erklärung	95
II. Nachträgliches Erkennen vor Ablauf der Festsetzungsfrist	96
III. Rechtsfolge: Anzeige- und Berichtigungspflicht	97
IV. Verpflichteter Personenkreis	99
V. Weitere Anwendungsfälle des § 153 AO	99

Inhaltsverzeichnis

H. Sicherung der Geheimhaltung	100
I. Beachtung datenschutzrechtlicher Vorschriften	101
J. Abstellungsvereinbarung mit Mittägern	101
K. Formulierungsbeispiele	102
I. Marker-Schreiben an das Bundeskartellamt	102
II. Antrag auf Kronzeugenbehandlung (Schreiben an das Bundeskartellamt)	103
III. Settlement-Erklärung	104
IV. Abstellungsvereinbarung zwischen Kartellanten	104

§ 3. Informationsfluss im Unternehmen

A. Information der Aufsichtsgremien in Unternehmen	107
I. Einleitung	107
II. Information des Aufsichtsrats	107
1. Aktiengesellschaft	107
2. GmbH	110
III. Information der Gesellschafterversammlung	110
1. GmbH	110
2. Aktiengesellschaft	112
IV. Information der Gesellschafterversammlung in Personengesellschaften (OHG, KG, GmbH & Co. KG, GbR)	112
1. Offene Handelsgesellschaft	112
2. Kommanditgesellschaft	113
3. GmbH & Co. KG	113
4. BGB-Gesellschaft	114
5. Gesetzesreform	114
V. Information des Beirats	115
B. Weisungsrechte der Aufsichtsorgane	116
I. Weisungsbefugnisse in der Aktiengesellschaft	116
II. Weisungsbefugnisse in der GmbH	116
III. Weisungsbefugnisse in der Personengesellschaft (OHG, KG, BGB-Gesellschaft)	117
C. Information an Wirtschaftsprüfer	117
I. Einleitung	117
II. Phasen der Abschlussprüfung und Arbeitsweise des Abschlussprüfers	118
III. Verarbeitung von Ergebnissen eines Compliance Verstoßes iRd Abschlussprüfung	118
IV. Exkurs: Prüfungen außerhalb der Abschlussprüfung	119
D. Information der Versicherungen	119
I. Vertrauensschadenversicherungen	119
II. Funktionsweise der D&O-Versicherungen	120
III. Strategische Empfehlung	121
IV. Berücksichtigung des Selbstbehalts	121
V. Besonderheiten bei Amnestievereinbarungen	122
VI. Prüfkriterien für D&O-Versicherungen	122
E. Formulierungsbeispiele	123

§ 4. Interne Ermittlung des Verdachts

A. Rechtspflicht zur Vollaufklärung	125
I. Rechtliche Grundlage	125
II. Anfangsverdacht	126
III. Begriff „interne Untersuchung“	127
IV. Zuständigkeit innerhalb des Unternehmens	128
1. Aktiengesellschaft	128
2. GmbH	129
B. Mandatsvereinbarung und Prüfung der Beschlagnahmefreiheit	130
C. Organisation der internen Ermittlung	131
I. Geeignetes Ermittlungsteam	131
II. Interessenkonflikte	132
III. Koordination mit dem Unternehmensverteidiger	133
IV. Ermittlungsmaßnahmen	133
1. Prüfung der Asservate aus der Durchsuchung	133
2. Prüfung der Akten des Unternehmens	134
3. Prüfung der Buchhaltung und des Rechnungswesens	134
4. Prüfung von E-Mail-Korrespondenz	135
5. Einsatz von IT und datenschutzrechtliche Aspekte	135
a) Einsatz von Software	136
aa) Datenarten	136
(1) Numerische Daten	136
(a) Daten in fixem Format	136
(b) Daten in anderen Formaten	136
(2) Alphanumerische Daten	136
(3) Daten in analoger Form	137
bb) Datenanalyse	137
(1) Numerische Daten	137
(2) Alphanumerische Daten	138
(3) Analoge Daten in digitalisierter Form	138
(4) Automatisierung mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz	138
b) Beachtung datenschutzrechtlicher Vorschriften – insbes. Beschäftigtendatenschutz	139
aa) Problemstellung	139
bb) Personenbezogene Daten im Datenpool	139
cc) Zugriffsobjekte, Verantwortliche und Betroffene	140
(1) Zugriffsobjekte	140
(a) E-Mails	140
(b) E-Mail-Logfiles	140
(c) Andere Datenpools	140
(2) Verantwortliche und Betroffene	140
dd) Prüfungsmaßstab und Rechtfertigung	140
(1) Keine Geltung des Fernmeldegeheimnisses	141
(2) Arbeitnehmer	142
(a) § 26 BDSG	142
(b) Art. 6 Abs. 1 Buchst. f DS-GVO	143
(c) Dokumentation der Interessenabwägung	144
(d) Information der Arbeitnehmer	144
(e) Einwilligung	144
(3) Externe	144
c) Strafrechtliche Risiken	144

d) Auslandsbezug	145
6. Befragung von Mitarbeitern	146
a) Strategische Erwägungen	146
b) Belehrung vor Mitarbeitergesprächen	146
c) Arbeitsrechtliche Pflichten	148
aa) Pflicht zur Mitwirkung	148
bb) Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats	148
cc) Rechte der Arbeitnehmer	149
d) Protokoll über Mitarbeiterbefragung	149
D. Dokumentation der internen Untersuchung	150
I. Asservate- und Vorgangslisten	151
II. Untersuchungsbericht	151
E. Umgang mit dem Untersuchungsbericht	152
I. Pflicht zur Erstellung eines schriftlichen Berichts?	152
II. Rechtspflicht zur Vollständigkeit und Objektivität?	153
1. Dilemmata und strategische Risiken in der Praxis	153
2. Rechtlicher Rahmen und Folgerungen für die Berichterstattung	154
a) Lügeverbot (§ 43a BRAO)	154
b) Strafvereitelung (§ 258 StGB)	155
F. Beschlagnahmeschutz	157
G. Übergabe des Untersuchungsberichts an die Ermittlungsbehörden?	158
H. Ausblick auf die zukünftige Entwicklung	158
I. Formulierungsbeispiele	159
I. Einwilligung zur E-Mail-Auswertung von Mitarbeitern	159
II. Datenschutzrechtliche Dokumentation	159
III. Dienstanweisung für das Ermittlungsteam bei E-Mail-Auswertung	160
IV. Belehrung von Mitarbeitern vor Befragung	161
V. Asservate- und Vorgangsliste	162
VI. Bericht über interne Untersuchung	163
§ 5. Arbeitsrechtliche Maßnahmen	
A. Besonderheiten im deutschen Arbeitsrecht	167
B. Prüfung der arbeitsrechtlichen Maßnahmen	168
I. Ermahnung und Abmahnungen	168
II. Kündigungen	169
1. Anforderungen an den Kündigungsgrund	170
2. Ausschlussfrist der außerordentlich fristlosen Kündigung (§ 626 Abs. 2 BGB)	171
3. Kenntnis der Kündigungstatsachen	171
4. Kenntnis des Kündigungsberechtigten	172
III. Sonderfall: Verdachtskündigung	174
IV. Kosten-Nutzen-Abwägung	175
C. Vorbereitung der Kündigungsschutzprozesse	176
D. Schadensersatzforderungen gegenüber Mitarbeitern	177
E. Strafanzeigen gegen Mitarbeiter	179
F. Amnestievereinbarungen mit Mitarbeitern	179

G. Vorbereitung der vergaberechtlichen Selbstreinigung	181
H. Formulierungsbeispiele	181

§ 6. Prüfung der steuerlichen Auswirkungen und Rückstellungen

A. Prüfung der steuerlichen Auswirkungen des Compliance-Verstoßes	185
I. Berichtigung von Steuern (§ 153 AO)	185
II. Steuerliche Selbstanzeige (§ 371 AO)	185
1. Voraussetzungen der Selbstanzeige	186
2. Von der Selbstanzeige umfasster Personenkreis	186
3. Inhalt der Selbstanzeige	187
4. Form der Selbstanzeige	188
5. Ausschluss-/Sperrgründe	188
6. Sonderfall Umsatzsteuervoranmeldungen und Lohnsteueranmeldungen	189
7. Absehen von Verfolgung in besonderen Fällen	190
III. Umfang des Betriebsausgabenabzugs für Steuerberatungskosten	191
1. Grundzüge zur steuerlichen Abzugsfähigkeit von Steuerberatungskosten	191
2. Steuerberatungskosten im Falle einer Compliance-Krise	192
3. Sonderfall der steuerlichen Nacherklärung bzw. steuerlichen Selbstanzeige nach § 371 AO	193
IV. Steuerrechtliche Implikationen bzgl. Verteidigerhonoraren und Geldauflagen gem. § 153a StPO	194
1. Vorsteuerabzug aus Verteidigungskosten des Steuerpflichtigen	194
2. Ertragsteuerliche Behandlung von Verteidigerhonoraren	195
a) Betriebsausgaben	196
b) Ertragsteuerliche Folgen für das Unternehmen bei Übernahme von Verteidigungskosten durch den Arbeitgeber	196
c) Abzugsverbot für die Zuwendung von Vorteilen iSd § 4 Abs. 5 Nr. 10 EStG	197
d) Steuerliche Abzugsfähigkeit von Geldstrafen sowie Leistungen zur Erfüllung von Auflagen oder Weisungen	198
e) Abzugsfähigkeit von Geldbußen, Ordnungsgeldern und Verwarngeldern	199
f) Strafzuschlag nach § 398a Abs. 1 Nr. 2 AO	199
3. Besonderheiten im Umgang mit Finanzbehörden	200
B. Rückstellungen für Steuernachzahlungen, Geldbußen, Schadensersatzleistungen und Kosten	201
I. Grundsätze zu handelsrechtlichen Rückstellungen	201
II. Zeitpunkt der Verursachung	202
III. Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme der Rückstellung	203
IV. Exkurs: Bilanzierung und Bewertung von Rückstellungen nach den IFRS (International Financial Reporting Standards)	203
V. Beispiele im Zusammenhang mit der Bildung von Rückstellungen	204
1. Steuerrückstellungen	204
2. Geldbußen	205
3. Rückstellungen für Schadensersatzleistungen	205
4. Rückstellungen für sonstige Kosten	205

§ 7. Zivilrechtliche Ansprüche im Zusammenhang mit dem Verstoß

A. Entschädigungsleistungen gegenüber Dritten	207
I. Haftung nach Compliance-Verstößen	207
II. Vorbereitung einer vergaberechtlichen Selbstreinigung	207
III. Sonderfall: Kartellschadensersatz	208
1. Rechtliche Grundlagen	208
2. Einfluss auf Kronzeugenantrag	208
3. Verjährungsverzicht	209
4. Einfluss auf Selbstreinigung	209
B. Prüfung und Sicherung von Regressansprüchen des Unternehmens	210
I. Gegen das Management	210
1. Eigene Pflichtverletzung	210
2. Aufsichtspflichtverletzung	210
3. Beweislast	210
4. Verschulden	211
5. Kausaler Schaden	211
6. Sonderfall: Haftung für Bußgelder	211
7. Schadensersatzansprüche Dritter	212
8. Sonderfall: Kosten für interne Untersuchungen	213
9. Ausschluss der Haftung	213
10. Rechtsverfolgungskosten	214
11. Verjährung	214
II. Gegen Mitarbeiter	214
III. Gegen Mittäter	214
1. Grundlagen	214
2. Sonderfall: Kartellrecht	216
IV. Freistellungsvereinbarungen	216
V. Notarielles Schuldanerkenntnis der Täter	217
C. Formulierungsbeispiele	218
I. Verjährungseinredeverzichtserklärung	218
II. Kooperations- und Freistellungsvereinbarung	218
III. Wiedergutmachungsvereinbarung mit Schuldanerkenntnis	220

§ 8. Insolvenzüberwachung

A. Prüfung der Insolvenzantragsgründe	227
I. Überschuldung	229
1. Stufe: Prüfung der rechnerischen Überschuldung	229
2. Stufe: Prüfung der Fortführungsprognose	230
II. Zahlungsunfähigkeit	230
B. Laufende Dokumentation	231
C. Maßnahmen bei Vorliegen der Insolvenzgründe	232
D. Lösungsmöglichkeit: Sanierung in der Insolvenz?	234
E. Formulierungsbeispiele	235
I. Liquiditätsbilanz	235
II. Überschuldungsbilanz	235
III. Verdichteter Finanzplan	236
IV. (Interne) Patronatsvereinbarung	236
V. Qualifizierte Rangrücktrittsvereinbarung	237

§ 9. Strafrechtliche Bezüge von zivilrechtlichen Fragestellungen

A. Betrug durch Fortsetzung einer Geschäftsbeziehung wegen des Verschweigens von Schadensersatzansprüchen? 239

 I. Rechtliche Implikationen 239

 II. Faktische Implikationen 241

 III. Ergebnis 241

B. Verfahrensgestaltung durch Schadenswiedergutmachung 241

 I. Positives Nachtatverhalten (§ 46 Abs. 2 StGB) und Täter-Opfer-Ausgleich (§ 46a StGB) auf individueller Ebene 242

 II. Positives Nachtatverhalten auf Unternehmensebene 243

 1. Positive Auswirkungen auf die Bemessung des Ahndungsanteils einer Unternehmensgeldbuße 243

 2. Vermeidung der Vermögensabschöpfung mittels eines Vergleichs mit dem Geschädigten 244

 a) Zur „vergleichsfreundlichen“ Grundregel des § 73e Abs. 1 S. 1 StGB 244

 b) Sonderprobleme bei Delikten gegen die Allgemeinheit (zB § 299 StGB) 244

C. Formulierungsbeispiele 245

§ 10. Medienrecht und Kommunikation

A. Überblick 247

B. Schutz von Unternehmen 248

 I. Recht am Unternehmen 248

 1. Schutzgut und Betriebsbezogenheit des Eingriffs 248

 2. Eingriff in das Schutzgut 249

 3. Güter- und Interessenabwägung 249

 4. Subsidiarität 250

 II. Kreditgefährdung (§ 824 BGB) 251

 1. Tatbestandsvoraussetzungen 251

 a) Unwahre Tatsachenbehauptung 251

 b) Eignung zur Beeinträchtigung 251

 c) Beweislast 252

 d) Unmittelbarkeit des Eingriffs 252

 2. Einschränkung durch § 824 Abs. 2 BGB 252

C. Schutz von natürlichen Personen 252

 I. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht 253

 1. Grundlagen 253

 2. Sphären des Persönlichkeitsrechts 253

 a) Intimsphäre und Geheimsphäre 253

 b) Privatsphäre 254

 c) Selbstöffnung 255

 d) Öffentlichkeits- und Sozialsphäre 255

 II. Recht am eigenen Bild 257

 1. Einwilligung 257

 2. Ausnahmen vom Einwilligungserfordernis 258

 3. Bildnisse aus dem Bereich der Zeitgeschichte (§ 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG) 258

 4. Verletzung berechtigter Interessen des Betroffenen (§ 23 Abs. 2 KUG) 258

D. Rechte und Pflichten der Medien	259
I. Rolle der Medien	259
II. Rechte der Medien	259
1. Auskunftsanspruch der Medien	260
a) Auskunftsberechtigte	260
b) Auskunftspflichtete	260
c) Recht zur Auskunftsverweigerung	261
2. Spezialgesetzliche Auskunftsansprüche/Jedermann-Ansprüche	262
3. Kein Informationsanspruch gegenüber Privaten	262
III. Pflichten der Medien	262
1. Publizistische Sorgfalt	262
a) Printmedien	263
b) Rundfunk und Telemedienanbieter	263
c) Vereinigungen und Privatpersonen (Blogger)	263
2. Grundsätze der Recherche	264
a) Verpflichtung zur Wahrheit	264
b) Auskünfte privilegierter Quellen	264
c) Grenzen der Recherche	265
aa) Mitschneiden und Mithören von Gesprächen	265
bb) Heimliche Filmaufnahmen	266
cc) Recht am Unternehmen	266
dd) Rechtswidrig beschaffte Informationen	266
E. Haftung der Medien	267
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen	267
II. Unterscheidung zwischen Tatsachenbehauptung und Werturteil	267
1. Ausgangspunkt: Auslegung	267
2. Tatsachenbehauptungen	268
a) Definition	268
b) Abgrenzungstechniken	268
c) Schutz von Tatsachenbehauptungen	269
3. Meinungsäußerungen	269
a) Definition	269
b) Schutz von Meinungsäußerungen	270
4. Mischformen	271
5. Fragen	272
6. Schlussfolgerungen	272
7. Prognosen	273
8. Rechtliche Einschätzungen	273
9. Äußerungen öffentlicher Stellen	274
III. Wahrnehmung berechtigter Interessen	274
IV. Verdachtsberichterstattung	275
1. Gegenstand von berechtigtem öffentlichem Interesse	275
2. Mindestbestand an Beweistatsachen	276
3. Anhörung des Betroffenen	276
4. Keine Vorverurteilung	277
5. Identifizierende Berichterstattung	278
V. Verbreiterhaftung	279
1. Klassische Medien	279
2. Intermediäre (Plattformen)	280
a) Suchmaschinen	280
b) Foren	281

F. Zivilrechtliche Ansprüche	282
I. Unterlassungsanspruch	282
1. Grundlagen	282
2. Abwägung	282
3. Anspruchsberechtigte	282
4. Anspruchsverpflichtete	283
5. Anspruchsvoraussetzungen	283
a) Begehungsgefahr	283
aa) Besonderheit Internetveröffentlichungen	284
bb) Besonderheit mehrdeutige Äußerungen	285
b) Beweislast	286
II. Gegendarstellungsanspruch	286
1. Anspruchsberechtigte	286
2. Anspruchsverpflichtete	287
3. Anspruchsvoraussetzungen	287
a) Inhalt der Erstmitteilung	287
b) Inhalt der Gegendarstellung	288
c) Umfang	288
d) Formelle Anspruchsvoraussetzungen	289
aa) Schriftform der Gegendarstellung	289
bb) Zuleitung	289
cc) Veröffentlichungsverlangen	289
dd) Fristen	289
4. Erfüllung des Anspruchs	290
a) Printmedien	290
b) Fernsehen und Rundfunk	291
c) Telemedien	291
III. Berichtigungsansprüche	292
1. Anspruchsvoraussetzungen	292
a) Unwahre Tatsachenbehauptung	292
b) Rechtsverletzung/Verletzung von Rechtsgütern	292
c) Rechtswidrigkeit und Fortdauer der Beeinträchtigung	293
d) Rechtsschutzinteresse	293
aa) Zeitablauf	293
bb) Freiwillige Richtigstellung	294
cc) Sachfremde Motive, Unzumutbarkeit	294
dd) Lappalien	294
2. Anspruchsberechtigte	295
3. Anspruchsverpflichtete	295
4. Formen der Berichtigung	295
a) Widerruf	295
b) Richtigstellung	295
c) Distanzierung	296
d) Nichtaufrechterhaltung	296
e) Ergänzende Berichterstattung	296
IV. Schadensersatzanspruch	297
1. Materielle Ersatzansprüche	297
a) Anspruchsberechtigte	297
b) Anspruchsverpflichtete	297
c) Rechtswidrigkeit der Veröffentlichung	297
d) Kausalität und Verschulden	298
e) Umfang des Anspruchs	298
aa) Rechtsverfolgungskosten	298

bb) Dem Schaden entgegenwirkende Maßnahmen	298
cc) Sonstige Schäden, insbes. entgangener Gewinn	298
2. Immaterieller Schadensersatz	299
a) Anspruchsberechtigte	299
b) Schwerwiegende Beeinträchtigung des Persönlichkeitsrechts	300
c) Verschulden	300
d) Unabwendbares Bedürfnis des Betroffenen	300
e) Höhe der Geldentschädigung	301
V. Rechtsdurchsetzung	301
1. Unterlassung	301
2. Gegendarstellung	302
3. Berichtigung	303
G. Krisenmanagement und Krisenkommunikation	303
I. Die Bedeutung interner Kommunikation	304
II. Allgemeine Ziele und Strategien der Kommunikation	305
III. Kommunikative Maßnahmen nach der Erstinformation	305
IV. Offensive oder defensive Kommunikation?	306
V. Litigation-PR	306
1. Abgrenzung zur Krisen-PR	307
2. Arten von Litigation-PR	308
3. Aufgabe und Ausgestaltung von Litigation-PR	308
VI. Juristen und Kommunikation	309
1. Warum überhaupt mit Medien kommunizieren?	309
2. Juristische Kommunikationskonzepte	309
a) Hamburger Schule	309
b) Kölner Schule	310
c) Kooperatives Konzept	310
3. Wann welches Konzept?	311
4. Einsatz rechtlicher Mittel	311
H. Verhalten gegenüber Behörden	312
I. Maßnahmen gegen Auskünfte oder rechtswidrige Mitteilungen von Hoheitsträgern	312
II. Maßnahmen gegen namentliche Nennung von Personen	312
1. Grundsatz	313
2. Pressemitteilungen der Staatsanwaltschaft	313
3. Ansprüche des Betroffenen und Rechtsweg	313
I. Formulierungsbeispiele	314
I. „Notice-and-Takedown-Hinweis“	314
II. Gegendarstellung	314
III. Widerruf	315
IV. Richtigstellung	315
V. Nachtrag	315

§ 11. Strategische Unternehmensverteidigung

A. Überblick: Risikoexposition und daraus folgende Aufgaben der Unternehmensverteidigung	317
B. Strafprozessuale Rechte des Unternehmens und des Unternehmensverteidigers	321
I. Taugliche Adressaten der Einziehung und Unternehmensgeldbuße	321
II. Anhörungsrecht im Ermittlungsverfahren (§ 426 Abs. 1 StPO)	322

III. Anordnung der Einziehungs- oder Verfahrensbeteiligung (§ 424 Abs. 1 StPO)	322
IV. Befugnisse der Einziehungs- oder Verfahrensbeteiligung in jeder Lage des Verfahrens (§ 428 StPO)	323
V. Befugnisse der Einziehungs- oder Verfahrensbeteiligten im Hauptverfahren (§ 427 StPO)	323
C. Ziele und Aufgaben der Unternehmensverteidigung	324
I. Strategische Vorüberlegungen und Handlungsoptionen	324
1. Ermittlung und Verfolgung des Unternehmensinteresses	324
a) Hauptziel: Abwendung bzw. Abmilderung von Rechtsfolgen unter Vermeidung von Publizität in kürzester Zeit	324
b) Zusätzliche Erwägungen und Faktoren	326
2. Erfassung und Priorisierung sämtlicher arrondierender Verfahren	327
3. Grundsätzliche Konzepte der Unternehmensverteidigung	328
a) Das Konzept aktiver Unternehmensverteidigung	328
b) Das Konzept passiver Unternehmensverteidigung	329
c) Das Konzept (bloßer) administrativer Unternehmensverteidigung	330
II. Festlegung der Strategie	331
D. Praktische Umsetzung der Unternehmensverteidigung	331
I. Beratung im Fall der unentdeckten Compliance-Krise	331
II. Verteidigung im Zusammenhang mit einer Durchsuchung	332
III. Strukturierung und Organisation der Unternehmensverteidigung und Strategiefestlegung	334
1. Klärung der Mandatsbeziehung und Sicherung des „legal privilege“	334
2. Festlegung des bzw. der Ansprechpartner(s)	335
3. Umgang mit „vorbefassten“ Führungskräften und externen Beratern	335
4. Organisation der Sockelverteidigung	336
5. Übernahme der Kosten der Individualverteidigung?	338
6. Unterstützung bei der Auswahl von Zeugenbeiständen	338
7. Umgang mit der behördlichen Ermittlungsakte	340
IV. Kooperation mit dem Untersuchungsteam und dessen Beratung	340
V. Einholung von Gutachten	341
VI. Zur Pressearbeit aus der Sicht des Unternehmensverteidigers	342
VII. Zur Präventivberatung in der Compliance-Krise	343
VIII. Unternehmensverteidigung bei inhaftierten Mitarbeitern	344
IX. Verteidigungsmaßnahmen und -strategien zur Deeskalation einer strafrechtlichen Compliance-Krise	344
1. Allgemeine Maßnahmen zur Deeskalation einer strafrechtlichen Compliance-Krise durch positives Nachtatverhalten	345
2. Verteidigung gegen (vorläufige) Einziehungsmaßnahmen	345
a) Verteidigung gegen Einziehungsmaßnahmen	345
aa) Etwas erlangt (§ 73c S. 1 StGB, § 73d StGB)	346
bb) Abzugspositionen (§ 73d StGB)	346
cc) Voraussetzungen der Dritteinziehung (§ 73b Abs. 1 StGB)	347
dd) Ausschlussgründe (§ 73e Abs. 1 S. 1 StGB)	348
ee) Entreichung (§ 73e Abs. 2 StGB)	348
ff) Verständigung („Deal“)	349
gg) Vollstreckungsschutz (§ 459 g Abs. 5 StPO)	349
hh) Anordnung der Einziehung mittels Strafbefehl	350
b) Verteidigung gegen vorläufige Maßnahmen zur Vermögensabschöpfung	350
3. Verteidigung gegen Unternehmensgeldbußen	351

4. Koordinierte Verteidigung in Steuerstrafsachen	352
X. Verteidigung in den einzelnen Abschnitten des Strafverfahrens	352
1. Verteidigung im Ermittlungsverfahren	352
2. Verteidigung im Zwischenverfahren	354
3. Verteidigung im Hauptverfahren	355
E. Besonderheiten bei grenzüberschreitenden Strafverfahren	356
I. Anknüpfungspunkte für die Geltung einer fremden Jurisdiktion	356
II. „Europäischer Haftbefehl“	356
III. „Europäische Ermittlungsanordnung“	356
IV. Etablierung der Europäischen Staatsanwaltschaft	357
V. „Remarks on Corporate Criminal Enforcement“ der US-Regierung	357
1. Verfolgung der verantwortlichen Individuen	357
2. Strafzumessung: flexible Berücksichtigung des „criminal record“	358
3. Anreize zur „freiwilligen“ Selbstanzeige	358
4. Verbesserung der Rechtssicherheit in Bezug auf „Monitore“	359
VI. Folgerungen für die Unternehmensverteidigung	359
1. Notwendigkeit der Mandatierung von Spezialisten in jeder Jurisdiktion	359
2. Beachtung von „blocking statutes“	359
3. Beobachtung der Entwicklung in anderen Jurisdiktionen	359
4. Sonderaspekt: Informelle Vernehmungen in Drittstaaten unter Umgehung der Rechtshilfe	360
5. Selektive Übergabe von Untersuchungsberichten?	360
6. Vermeidung des Risikos der Doppelbestrafung (<i>ne bis in idem</i>)	360
§ 12. Compliance-Maßnahmen im Unternehmen	
A. Rechtliche Grundlagen	363
B. Sanktionsmindernde Wirkung	364
C. Verankerung verbesserter Compliance-Strukturen in den Gesellschaftsdokumenten	366
I. Verankerung in der Satzung oder im Gesellschaftsvertrag	366
II. Verpflichtung in den Dienstverträgen der Unternehmensleitung	367
III. Vorgehen im Konzern	367
D. Schaffung eines verbesserten Compliance-Programms	367
I. Risikoanalyse aufgrund des Verstoßes	368
1. Definition und Dokumentation der Risikoklasse	368
2. Kriterium: Größe des Unternehmens	369
3. Kriterium: Organisation des Unternehmens	370
4. Kriterium: Die zu beachtenden rechtlichen Vorschriften	370
5. Kriterium: Geografische Präsenz des Unternehmens	371
6. Kriterium: Verdachts- und Verstoßfälle aus der Vergangenheit	371
II. Inhalt des Compliance-Programms	371
III. Kommunikation und Schulungen	372
E. Aufgabenverteilung im Unternehmen	373
I. Verantwortlichkeit der Unternehmensleitung	373
II. Compliance-Officer	373
III. Monitoring nach Compliance-Verstoß	374
F. Formulierungsbeispiele	374
I. Compliance-Bekanntnis für die Satzung oder den Gesellschaftsvertrag	374

II. Verpflichtung zur Schaffung von Compliance-Maßnahmen im Dienstvertrag der Organe	375
III. Bestellungsschreiben für den Compliance-Officer	375
§ 13. Einrichtung eines Hinweisgebersystems	
A. Überblick und Entwicklung	377
B. Whistleblower-RL (RL (EU) 2019/1937)	378
C. Deutsches Hinweisgeberschutzgesetz	379
I. Anwendungsbereich	379
1. Persönlicher Anwendungsbereich	379
2. Sachlicher Anwendungsbereich	379
II. Meldestellen für Hinweisgeber	379
1. Interne Meldestellen	380
a) Zugang für Mitarbeiter und Externe	380
b) Zulassung anonymen Hinweise	381
c) Anforderungen an die Bearbeiter der internen Meldestelle	381
d) Betrieb der internen Meldestelle	382
e) Technische Ausgestaltung der internen Meldekanäle	382
f) Datenschutz	383
g) Beauftragung von externen Dienstleistern	384
h) Einbindung des Betriebsrats	384
2. Externe Meldestelle	385
3. Vor- und Nachteile der internen und externen Meldestellen	385
III. Offenlegung von Hinweisen	386
IV. Schutz des Hinweisgebers	386
V. Sanktionen für Unternehmen bei Nichtumsetzung	387
D. Interne Richtlinie für den Umgang mit eingehenden Hinweisen	387
E. Formulierungsbeispiele	387
I. Interne Richtlinie für den Umgang mit eingehenden Hinweisen	387
II. Mitarbeiterbestellung für interne Meldestelle	390
III. Anündigung interne Meldestelle	391
IV. Erstes Schreiben an Hinweisgeber mit Eingangsbestätigung	392
V. Weiteres Schreiben an Hinweisgeber zum Verfahrensstand	392
VI. Information der Unternehmensleitung durch interne Meldestelle	392
VII. Betriebsvereinbarung für Hinweisgebersystem	393
§ 14. Vergaberechtliche Selbstreinigung	
A. Notwendigkeit der Selbstreinigung	397
I. Zwingende Ausschlussgründe	397
II. Fakultative Ausschlussgründe	398
III. Dauer der Vergabesperre	399
B. Voraussetzungen der Selbstreinigung	399
I. Schadensausgleich	399
II. Sachverhaltsaufklärung	400
III. Sanktionen und Compliance-Maßnahmen	402
C. Verfahren vor den Vergabekammern	404
D. Wettbewerbsregister beim Bundeskartellamt	405
I. Lösungsverfahren	406

II. Wirkung für die individuellen Vergabeverfahren	408
E. Formulierungsbeispiele	409
I. Konzept für die Durchführung einer Selbstreinigung (§ 125 GWB)	409
II. Leitlinien des Bundeskartellamts zur vorzeitigen Löschung einer Eintragung aus dem Wettbewerbsregister wegen Selbstreinigung	413
III. Vorzeitige Löschung aus dem Wettbewerbsregister wegen Selbstreinigung – Praktische Hinweise des Bundeskartellamts für einen Antrag	417
IV. Mitteilung von Maßnahmen zur Selbstreinigung	427
V. Leitfaden für Vergabestellen	430
Sachverzeichnis	443


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG